

„AKTION GEGEN DEN ANTISEMITISMUS“ IN NOT

Erika Weinzierl

1) *Verein zur Abwehr der Antisemitismus*

Am 14. Mai 1891 gründete eine kleine Gruppe österreichischer Intellektueller einen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Dr. Karl Lueger war zwar noch nicht Bürgermeister von Wien, aber der Antisemitismus hatte seit den Siebzigerjahren ständig zugenommen. Die erste moderne Industrialisierungswelle hatte besonders in Wien die Verproletarisierung enorm verstärkt. Von den relativ jungen Massenparteien haben die Deutschnationalen Georg von Schönerers und die Christlichsozialen Dr. Karl Luegers den Kampf gegen die Juden auf ihre Fahnen geschrieben – die Großdeutschen den rassistischen, die Christlichsozialen den konfessionell-ökonomischen. Mit Mord und Totschlag wurde gedroht, wirtschaftlicher Boykott gepredigt. Der berühmteste Wiener Internist, Univ. Prof. Dr. Hermann Nothnagel, bezeichnete den Antisemitismus als „Schmach unserer Zeit“, die aus den unlautersten, hässlichsten Eigenschaften der menschlichen Natur hervorquillt“. Zu den Mitgründern des Vereins gehörten Baron Leitenberger, Baron Suttner, der Mann Bertha von Suttners, und einige andere liberale Großbürger und Aristokraten. Der Verein arbeitete vor allem mit standesgemäßen Mitteln, Proteste an die Regierung, Memorandum an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses – die Antworten waren immer gleich: in der Monar-

chie gebühre jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religionsgemeinschaft das volle Ausmaß der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte. Daher hätten auch die staatlich berufenen Organe die Pflicht, „den Juden erforderlichen Falls den gesetzlichen Schutz angeeignen zu lassen“.

Nachdem schon Kardinal-Staatssekretär Ratti der Christlichsozialen Partei nahegelegt hatte, ihren Antisemitismus zu verringern und Lueger 1897 nach mehrmaliger Ablehnung seiner Ernennung zum Bürgermeister von Wien durch Kaiser Franz Joseph sein Ziel doch erreicht hatte und sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Vorkriegsjahren gebessert hatte, ließ der Antisemitismus zumindest der Christlichsozialen etwas nach. Die militärische Niederlage 1918, der Zerfall der Monarchie, die Flucht tausender galizischer Flüchtlinge nach Wien, die wirtschaftliche Not ließen die „Welt von gestern“ versinken.

Die beste Zeit war die Mitte der Zwanzigerjahre. Die Geschichte der Ersten Republik und des autoritären Ständestaates endete 1934 und im März 1938. Vom „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ war nichts mehr zu hören. Sieben Jahre deutsche und österreichische NS-Herrschaft, 6 Jahre Krieg, die Shoa, der 65.000 österreichische Juden zum Opfer fielen – 112.000 flohen – ließen ein anderes Österreich zurück.

2) *Aktion gegen den Antisemitismus (1)*

Die Not der Nachkriegszeit nach 1945, Entnazifizierung, Wiederaufbau – Heimholung der Geflohenen, „Wiedergutmachung“, die es nicht gibt – waren sehr unterschiedlich gewichtete und behandelte Themen. Erst zu Beginn der 50er Jahre haben der damalige Wiener Erzbischof-Koadjutor Franz Jachym und der Historiker Friedrich Heer die ersten Aufsätze über jüdische Not und christliche Schuld (Ritualmordlegende) in katholischen Zeitschriften veröffentlicht. Sie veranlassten den Wiener Emigranten Dr. Fritz L. Brassloff, der in London und in der Schweiz überlebt hatte und Rechtsberater des Jewish World Congress gewesen war, den Amtsdirektor der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde, Wilhelm Krell, anzuregen, „eine Elite von uns wohlgesinnten Männern des österreichischen öffentlichen Lebens für uns einzusetzen.“ Brassloff nahm zu diesem Zweck auch mit Friedrich Heer, dem Physiker Hans Benndorf und dem Historiker Albert Massiczek Verbindung auf, doch dauerte es bis Mitte 1955, ehe es zur Gründung der „Aktion gegen den Antisemitismus“ kam. Sie fand in der Wohnung des Ethnologen Dr. Tancréd Klein, ihrem ersten gewählten Bundesobmann, statt. Erste Generalsekretärin war Ruth Kolmer. Mitglied des ersten Vorstandes und bis 1965 Kassier war Alfred Weishut, zugleich Vorstandsmitglied des Zio-

nistischen Landesverbandes. Der unmittelbare Anlass der Gründung war eine vom Nationalratsabgeordneten der VdU (Vorläufer der FPÖ) Fritz Stüber einberufene Versammlung, bei der er erklärte, dass Abgeordnete, die im KZ gewesen waren, die wahre Pest seien und ausgerottet werden müssten. Bei einem daraufhin folgenden Prozess wurde Stüber freigesprochen. Bei der Einladung zur konstituierenden Generalversammlung war von „Antinazisten aller Konfessionen und Ideologien“ die Rede, die sich zu einem PropONENTENKOMITEE zusammengeschlossen hatten und „die Bekämpfung des Antisemitismus in allen seinen Formen und die Fühlungnahme mit allen gleichgesinnten Personen bezwecke.“

Von 1956 bis zu seinem Tod 1990 war die Zentralfigur und mobilisierende Kraft der „Aktion“ ihr stellvertretender Vorsitzender Kurt Por-des (geb. 1921). Als Sohn eines Diplomaten polnischer Abstammung in Wien geboren und nominell protestantisch – die jüdische Mutter starb in Theresienstadt – gehörte er bereits als Mittelschüler dem Kommunistischen Jugendverband an. 1938 war er drei Monate in der Rossauerkaserne inhaftiert. 1939 emigrierte er nach London, wo er sein Ingenieurstudium vollendete, und Mitglied des Free Austrian Movement wurde. Seine freiwillige Meldung zur britischen Armee wurde wegen eines früheren Schädelgrundbruches abgelehnt, weshalb er in der Kriegsindustrie arbeitete. 1946 kehrte er nach Österreich zurück, wo er zunächst als Journalist arbeitete und ab 1965 Direktor der Maschinenfabrik Baumgartl in Wiener Neustadt wurde. Jahrzehntlang war er auch stellvertretender Obmann des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus und Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. 1964 wurde er einstimmig zum zweiten internationalen Präsidenten des 1962 gegründeten *International Consultative Commit-*

tee for Christian-Jewish Cooperation (ICCJ) gewählt, dem 23 internationale Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit mit insgesamt drei Millionen Mitgliedern angehörten.

Das ICCJ organisierte für die Delegierten seiner Mitgliedsorganisationen jährliche Konferenzen. 1960 fand sie zum ersten Mal in Wien statt. 1965 veranstaltete die „Aktion“ einen Empfang im Palais Auersperg, an dem auch Bundeskanzler Josef Klaus teilnahm. Unterrichtsminister Dr. Theodor Piffl-Percevic hielt aus diesem Anlass eine Rede im österreichischen Fernsehen, bei der er über die „Aktion“ sagte, sie „hat sich vor allem bemüht mit Hilfe kirchlicher Stellen und verschiedener Organisationen die bestehenden Ritualmordlegenden zum Verschwinden zu bringen“ (leider nicht ganz!), „sowie gegen alle antisemitischen Äußerungen und Handlungen aufzutreten.“ Bis 1980 fanden in Wien und Saalfelden zwei weitere Konferenzen statt. 1973 wurden die Delegierten von Kardinal Franz König und Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz empfangen.

Nach der Emigration Kleins 1959 nach Mexiko wurde sein Nachfolger als Präsident der Bankbeamte Erich Stöckl, der jedoch aus Gesundheitsgründen 1965 zurücktrat. Auch sein Nachfolger, der Mittelschulprofessor Dr. Wolfgang Dürrheim, trat bereits 1966 ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen zurück. Sein Nachfolger als Präsident wurde der Jurist und Bankbeamte Hans Felganc, seit 1956 Generalsekretär der „Aktion“. Gleichzeitig mit ihm wurde die Auschwitz-Überlebende Schriftstellerin Lucie Begov, seit 1963 Vorstandsmitglied der „Aktion“, Generalsekretärin, die sich auch publizistisch immer und überall für die „Aktion“ einsetzte. 1973 legte sie ihr Amt als Generalsekretärin zurück, da sie eine Veranstaltung der „Aktion“ mit der österreichischen Hochschülerschaft mit über 500 Zuhörern über „Vorurteile. Gefährdung der Menschenrechte“

ablehnte, weil für sie die Verbindung von Antisemitismus und Vorurteilen anderer Minderheiten gegenüber untragbar sei. Begovs Nachfolger wurde der Leiter der Wiener Evangelischen Akademie, Ulrich Trinks, der schon vorher für die „Aktion“ tätig war. Mit der Hauptschullehrerin Christine Zitta organisierte er 1978-1983 gemeinsam mit dem Wiener Stadtschulrat und dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien insgesamt 8 Lehrerseminare über Antisemitismus. Für seine jahrelange unermüdliche Tätigkeit wurde er mit der 1994 von der „Aktion“ gestifteten „Samuel Bloch-Medaille“ ausgezeichnet. Auch die Zusammenarbeit mit der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde verstärkte sich in den Siebzigerjahren. Nadine Hauer publizierte in der Zeitschrift „Gemeinde“ zahlreiche wohlwollende Berichte über die Arbeit der „Aktion“. Die „Aktion“ veranstaltete gut besuchte Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen. Ihr bestes Jahrzehnt waren wohl die Siebziger- bis Achtzigerjahre.

In den Siebzigerjahren hatte die „Aktion“ 3000 Mitglieder. Der Vorstand hielt ab 1960 alle drei Monate Sprechstunden ab und jährlich durchschnittlich 30 internen Sitzungen. Heute enthält die Adressenkar-tei 1200 Namen. Besonders aktiv waren seit den Sechzigerjahren die Vorstandsmitglieder Angela Preinfalk, Franz Danimann, Nadine Fleischer-Hauer, Herbert Hoffmann, Hedwig Wahle und Patricia Steines, die heute noch eine Jugendgruppe um sich versammelt. Weitere Vorstandsmitglieder waren Alisa Stadler, Jacob Allerhand, Jakob Bindel, Erwin Freund, Friedrich Heer, Wolfgang Herzberg, Georg Mohn, Siegfried Diamant und Anton Tesarek. Bis Mitte der Siebzigerjahre führte die „Aktion“ auf ihrem Briefpapier die Namen der fördernden Mitglieder an. Die Liste war lang und daher können hier auch nicht alle genannt werden: Franz Theodor Csokar (+), Gottfried von Einem (+), Oskar Maurus Fontana (+), Leo Gabriel (+), Alexander Giese, Carry

Hauser (†), Friedrich Heer (†), Judith Holzmeister, die Minister Eduard Ludwig (†) und Ernst Maisel (†), Stadtschulratspräsident Max Neugebauer (†), Erwin Ringel (†), Kurt Schubert, Hans Thirring sen. (†), Adrienne Thomas (†), Leopold Ungar (†), Fritz Wotruba (†) und eine Reihe anderer Prominenter; bis 1962 auch Hans Dichand. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger übernahm 1977 den Ehrenschatz über die „Aktion“. Nach dem Ende seiner zweiten Präsidentschaft 1986 legte er zwar den Ehrenschatz zurück, ließ sich aber dazu bewegen, als „Schirmherr“ zu fungieren. Das blieb er bis zu seinem Tod am 30. März 2000. Sein Nachfolger Dr. Thomas Klestil hat wieder den Ehrenschatz übernommen.

1968 wurde der bedeutende Wiener Maler und Schriftsteller Carry Hauser (1895-1985) Präsident der „Aktion“. 1919 war er der Künstlervereinigung „Hagenbund“ beigetreten, dessen Präsident er später wurde. 1938 von Nationalsozialisten zur Mitarbeit aufgefordert, emigrierte er in die Schweiz. 1947 kehrte er nach Österreich zurück, wo er Generalsekretär und Vizepräsident des österreichischen PEN-Klubs, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus und Kuratoriumsmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes wurde. 1980 trat er aus Altersgründen von der Präsidentschaft der „Aktion“ zurück, die er mit großer Menschlichkeit und Entschiedenheit geleitet hatte, und wurde Ehrenpräsident. Seine Nachfolgerin wurde die Verfasserin dieses Artikels, seit 1967 förderndes und seit 1970 Vorstandsmitglied der „Aktion“. Der evangelische Theologe Prof. Kurt Lüthi wurde 1983 Vizepräsident. Nach meinem Rücktritt aus Altersgründen 1992 – seit damals bin ich Ehrenpräsidentin – wurden Kammerchauspielerin Elisabeth Orth zur Präsidentin, der Direktor des St. Pöltner Instituts für die Geschichte der Juden in Österreich Univ.-Doz.

Dr. Klaus Lohrmann und der Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes Hon. Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer zur Vizepräsidenten und Dr. Evelyn Adunka zur Generalsekretärin gewählt.

Mit Stolz erfüllt hat die „Aktion“ das Faktum, dass die in Wien geborene und in New York verstorbene Irene Harand (1900-1975), die Gründerin der „Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot“ (1933) und die Verfasserin der 1935 erschienenen harten Abrechnung mit Hitler „Sein Kampf“ die „Aktion“ als ihre Nachfolgerin angesehen hat.

1966, 1968 und 1992 hat die „Aktion“ in hohen Auflagen ein Memorandum über ihre Aufgaben und Ziele, die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Antisemitismus mit der Aufforderung zur Mitarbeit veröffentlicht. Im Memorandum 1992 wurden folgende Einzelmaßnahmen vorgeschlagen: 1. Stiftung und Vergabe eines jährlich zu vergebenden Würdigungspreises der „Aktion“ an Einzelpersonen oder Institutionen für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Abbaus des Antisemitismus. 2. Aufforderung an PolitikerInnen aller Parteien, gegen jede Manifestation des Antisemitismus öffentlich Stellung zu nehmen. 3. Alle Parteien sollen dem Thema Antisemitismus in ihrer prinzipiellen und alltäglichen Arbeit ein der Bedeutung und Gefährlichkeit dieser Geisteshaltung angemessenes Verhalten an den Tag legen. 4. Die Vertreter der christlichen Kirchen sollen sich wieder verstärkt der Verantwortung der Kirche für die Entstehung antijüdischer Vorurteile bewusst werden und gegen sie auftreten. 5. und 6. Unterricht und Bildung, akademische Lehre und Forschung mit besonderer Berücksichtigung der Lehrerbildung und Errichtung eines Instituts für interdisziplinäre Antisemitismusforschung. 7. Die Bundesregierung möge im Parlament die Initiative ergreifen, dass für bestehende Einrichtungen und besondere Veranstaltungen im

Budget ausreichende Mittel vorgesehen werden. 8. Auszeichnung von Jugendbüchern, die das jüdisch-christliche Verhältnis fördern. 9. Sensibilisierung des politischen Bewusstseins durch kontinuierliche Aufklärung durch die Medien. 10. Justiz.

Eine Delegation der „Aktion“ sprach 1968 auch bei Bundeskanzler Klaus vor, der die Notwendigkeit der „Aktion“ betonte: „Der offene und latente Antisemitismus muss ausgeremmt werden.“ Das Memorandum 1992 hat nur nach der Präsentation am 14. Mai 1992 einige Aufmerksamkeit erregt. Realisiert wurden nur wenige Forderungen. Die „Aktion“ gab auch ein bis 1967 hektographiertes und erst durch die Hilfe des Schriftstellers und Vorstandsmitgliedes Oskar Jan Tauschinski gedrucktes vierteljährliches Mitteilungsblatt heraus. Bis 1999 sind 164 Mitgliedsblätter erschienen. In der letzten Vorstandssitzung im Juni 2001 mussten wir beschließen, das Mitteilungsblatt wegen Geldmangels einzustellen und unsere Veranstaltungen künftig mit Hilfe gleichgesinnter Organisationen und im Internet bekannt zu machen.

Alle Arbeiten wurden ehrenamtlich gemacht, Veranstaltungs- und Portokosten wurden durch kleine Subventionen von Banken, Institutionen, von denen mittlerweile einige ausgeschieden sind, und durch die Mitgliedsbeiträge gedeckt. Die Subventionen sind in den letzten Jahren so zurückgegangen, dass mit den vorhandenen Mitteln gerade noch die Portokosten gedeckt werden können.

*

Der Verfasserin ist dieser kurze Bericht schwer gefallen. Selbst schon mehr als 30 Jahre Mitglied der „Aktion“ fragt sie sich: Was haben wir falsch gemacht? Wohl gibt es eine Reihe von Gründen: Viele Mitglieder der Gründer- und Förderergeneration sind mittlerweile gestorben. Obwohl es erwiesenermaßen in Österreich nach wie vor Antisemi-

tismus gibt, so hat doch die seit den Siebzigerjahren massiv angestiegene Ausländerhetze und -Feindlichkeit das Problem des Antisemitismus in Österreich, in dem insgesamt etwa 12.000 Juden leben (1938 ca. 200.000), für viele ÖsterreicherInnen verdrängt. Außerdem – und das ist noch das Erfreulichste, es gibt heute mehr Organisationen und Institutionen, die sich mit Judenfeindschaft befassen als vor 45 Jahren. Auch fällt auf, dass gegen antijüdische Ausschreitungen heute mehr Einzelpersonen und Gruppen öffentlich Stellung nehmen als früher, auch junge BürgerInnen.

Trotzdem: die Aktion gegen den Antisemitismus ist nicht „unnötig“ geworden. In den Jahrzehnten ihres Bestehens haben viele Humanisten für sie ihr Bestes gegeben. Lasst uns nicht allein – wir sind für jede Hilfe dankbar!

Anmerkung:

(1) Der folgende Text ist im wesentlichen ein Auszug aus einem unveröffentlichten Text von Dr. Evelyn Adunka, die ihn der Verfasserin freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

der Weiterkenntnis, Schlüssel zur „sozialen Frage“ u.v.a. Es handelt sich um Projektionen im psychoanalytischen Sinn, bei denen die Anwesenheit oder Abwesenheit von Juden nahezu irrelevant wird; der projektive Charakter der Anschuldigungen erweist sich auch durch ihre totale Widersprüchlichkeit (etwa Kapitalismus und Bolschewismus als „jüdisch“).

Eine weitere Unterscheidung ist zwischen einem vor-staatlichen und einem ver-staatlichten Antisemitismus zu treffen, wobei der Anteil von antisemitischer Agitation für die Machtergreifung 1933 und der Stellenwert anti-jüdischer Politik danach zu klären wäre. Es gibt auch einen qualitativen Unterschied zwischen dem Antisemitismus der Verfolgung und Austreibung einerseits und der totalen Vernichtung nach 1941 andererseits. Obwohl es keinen Holocaust ohne Antisemitismus gegeben hätte, ist der Antisemitismus keineswegs ausreichend um den Vernichtungsprozess zu erklären.

Weiters muss zwischen dem Antisemitismus vor und nach Auschwitz unterschieden werden. Es gibt in Europa nach dem Holocaust faktisch keine politische Bewegung/Partei, die sich offen als antisemitisch deklarieren würde. Antisemitische Einstellungen, Gefühle oder Bedürfnisse sind jedoch deshalb nicht verschwunden. Sie sind in einer Sphäre zwischen Privatheit und Öffentlichkeit präsent ohne deshalb eine „Ideologie“ zu bilden. Sie „beschränken“ sich darauf, den Holocaust zu relativieren, aufzurechnen oder gar zu rechtfertigen.

Zu den Phänomenen, mit denen sich das antisemitische Bewusstsein herumschlagen muss, gehört neuerdings auch der Komplex Zionismus/Israel. Der Zionismus stellt ursprünglich einen Versuch von Teilen jüdischer Minderheiten in Mittel- und Osteuropa dar, der antisemitischen Ausgrenzung die Perspektive eigener territorialer Staatlichkeit entgegenzusetzen. Dieses Projekt war zunächst innerjüdisch

UNTERSCHIEDUNGEN

Antijudaismus, Antisemitismus, Antizionismus **John Bunzl**

Grundsätzlich ist bei einer Passion von so langer historischer Dauer wie der Judenfeindschaft zu fragen, ob wir es zu allen Zeiten und in allen Weltregionen mit dem gleichen Phänomen zu tun haben. Die Antwort ist natürlich: nein! Die Tatsache, dass wir in verschiedenen Zeiten und Regionen ganz verschiedene Erscheinungsformen beobachten können, deutet auf die Historizität und Bedingtheit des Sachverhalts. Zunächst könnte zwischen vor-christlichem und christlichem Antisemitismus unterschieden werden. Obwohl es immer wieder Überschneidungen und Zusammenhänge gibt und bei einem so kurzen Text schematische Vereinfachungen unvermeidlich sind, kann man doch die vor-christlichen Anti-Judaismen in die Kategorie von „natürlichen“ Gruppenspannungen und realen Interessenskonflikten einreihen. Auch die jahrtausendelange Herrschaft des Christentums hat nicht immer und überall die gleiche Judenfeindschaft produziert; so ist etwa eine Unterscheidung zwischen der Periode vor und nach den Kreuzzügen durchaus sinnvoll. Aber mit der Stigmatisierung der Juden im christlichen Narrativ erscheint die Möglichkeit einer „Verteufelung“ im

wahrsten Sinn des Wortes, also ein theologisch überhöhter Gegensatz, der als Rechtfertigung eines „Fluchs“ dient, der nun über dem jüdischen Volk liegen soll. In diesem Kontext erscheinen das jüdische Exil als göttliche Strafe, die verachtete sozio-ökonomische Sonderrolle als notwendige Folge und die absurdesten Beschuldigungen als glaubwürdig.

Durch die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden (Emanzipation) im Westen (zunächst in Frankreich 1789) verschwand die negative Konnotation ihrer Gruppenexistenz zunächst nicht; es entstand also kein Modell eines gleichberechtigten Kollektivs. Das Verschwinden objektiver Kriterien einer jüdischen Gruppenexistenz bildet die Voraussetzung eines „modernen“ Antisemitismus, der nun sämtliche gesellschaftliche Erscheinungen, die durch die kapitalistische Modernisierung, Kommerzialisierung, Internationalisierung und Entfremdung hervorgerufen werden, auf das Wirken eines jüdischen Dämons zurückführt. Die „Judenfrage“ erscheint nun nicht mehr als Ergebnis einer real existierenden Gruppenspannung bzw. –unterscheidung, sondern als Geheimnis

umstritten, da die Anhänger bürgerlicher Gleichberechtigung/Assimilation, sozialistischer Transformation oder religiösen Pietismus in der Mehrheit waren und jüdische Auswanderung zwar massenhaft stattfand, sich jedoch hauptsächlich in den Westen (USA) und kaum auf Palästina richtete. Vor 1945 bzw. 1948 erregte der Zionismus wenige nicht-jüdische Gemüter. Linke warfen ihm entweder Separatismus und Pro-Imperialismus vor, oder lobten ihn wegen seiner „progressiven“ Funktion im Orient; Antisemiten begrüßten seine jüdische Selbst-Ausgrenzung oder verurteilten seine Machenschaften im Rahmen von jüdischen „Weltherrschafts“-Plänen. Nach dem Holocaust, der Entstehung des Staates Israel (1948) und dem 6-Tagekrieg (1967) kam es zu einer immer stärkeren „Zionisierung“ des jüdischen Bewusstseins. Alle anderen Entwürfe schienen angesichts der Massenvernichtung versagt zu haben. Der Zionismus war als einzige sinnvolle (Über-)Lebensperspektive übriggeblieben. Daher die weitgehende Identifikation von Juden mit Israel, die durch den zionistischen (Allein-)Vertretungsanspruch noch unterstrichen wird. Israel/Zionismus werden innerjüdisch nicht mehr in Frage gestellt, aber der jüdische Staat ist zu einem realen politischen Akteur geworden, der über die Landnahme in Palästina mit dessen arabischen Bewohnern und ihrer arabischen Umwelt in Konflikt gerät. Israel- bzw. Zionismus-Kritik wird jetzt eine nicht-jüdische Domäne, die sich zunächst in der islamischen und 3. Welt manifestiert. Obwohl einem realen Konflikt entsprungen, mischen sich in dessen Perzeption europäische und islamische Antijudaismen, welche den Zweck haben das zionistische Unternehmen zu ent-legitimieren. Es erfolgt auch eine Identifikation von Juden mit dem kolonialen Westen, die teilweise in der sowjetischen und neu-linken Sichtweise wieder auftaucht, wobei im Stalinismus „Antizionismus“ tatsächlich meist auf Antisemitismus

hinauslief. Dem gehen jedoch auch Formen eines „Philo-Zionismus“ voraus, bei dem man eine „rechte“ und eine „linke“ Variante unterscheiden kann. Rechter Pro-Zionismus bewundert an Israel jene Eigenschaften, welche der eigenen militaristischen Tradition zu entsprechen scheinen; manchmal wird der Triumph des Zionismus sogar als Bestätigung eigener antijüdischer Ausgrenzungspolitik rationalisiert. Demgegenüber entsprang die linke Israel-Sympathie der Wahrnehmung dieses Staates als Zufluchtstätte der Opfer des NS. Darüber hinaus wurden jene Elemente der israelischen Gesellschaft bewundert, die agrarsozialistischen Utopien (Kibbuzim) zu entsprechen schienen. Während bis 1967 der Konflikt mit den Palästinensern weitgehend ausgeklammert wurde, erfolgte danach, im Zuge der Unterstützung für nationale Befreiungsbewegungen in der 3. Welt (Vietnam), eine Identifikation mit der PLO auch zu einem Zeitpunkt, als deren Programmatik auf die Vernichtung des Staates Israel hinauslief.

Die Fortdauer und Verschärfung des Konflikts (Libanonkrieg 1982, 1. und 2. Intifada) verwischte häufig die Fronten zwischen linker und rechter Kritik; eine gemeinsame

Tendenz benützt israelisches Verhalten offen oder unterschwellig zu Aufrechnungszwecken, was durch deklarierte oder angedeutete Vergleiche zwischen dem Vorgehen des Staates Israel und Nazideutschlands „gelingen“ soll. Daher ist es in diesem komplizierten Zusammenhang immer unerlässlich nach den Motiven der Kritik zu forschen. Ich bin gegen eine Tabuisierung israelischer Politik, halte dies für kontraproduktiv. Legitime Kritik muss möglich sein; ihre Voraussetzungen wären aber:

- Erkenntnis des tragischen Zusammenhangs zwischen der jüdischen Katastrophe in Europa und der Entstehung des Staates Israel
- Erkenntnis des tragischen Zusammenhangs zwischen der Entstehung des Staates Israel und der palästinensischen Tragödie
- Notwendigkeit einer von projektiven Bedürfnissen möglichst unabhängigen objektiven Betrachtung der Vorgänge im Nahen Osten
- Verantwortung gegenüber Juden und Palästinensern

Literaturempfehlung:

Margit Reiter, Unter Antisemitismusverdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah, Studienverlag, Innsbruck 2001

„WAS ALLE ANGEHT, KÖNNEN NUR ALLE LÖSEN“ – VISIONALE 2001

Norbert Koppensteiner, Urban Regensburger, Roland Schmidt

Zur Idee der Visionale

Zivilgesellschaft ist ein offener Begriff, je nach weltanschaulicher bzw. politischer Einstellung wird er höchst unterschiedlich verwendet. Was aber bedeutet Zivilgesellschaft tatsächlich? Wer oder Was ist Zivilgesellschaft? Mit diesen und ähnlichen Fragen setzte sich die Visionale – Messe der Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft – auseinander, die am 7. und 8. September zum zweiten Mal

stattfand und unter dem Motto stand „Was alle angeht, können nur alle lösen“. Die auf Christian Apl und Oliver Treulich von der humanistischen Plattform zurückgehende Initiative versucht jenes freiwillige und nicht kommerzielle Engagement zeitlich und räumlich zu verdichten, um so die ganze Vielfalt des Dritten Sektors aufzuzeigen. Ziele sind erstens die Erreichung einer medienrelevanten Größe, zweitens die Entwicklung

eines internen Netzwerks und drittens die Förderung bzw. das Wachstum dieses Segments. Zivilgesellschaft wird verstanden als Ort gelebter Demokratie bzw. politischer Artikulation abseits staatlicher Institutionen und als Möglichkeit die Gesellschaft gemäß den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Österreich gilt als Beispiel einer verspäteten Zivilgesellschaft was unter anderem mit der gewichtigen Stellung des Parteien- und Verbändestaates erklärt werden kann. Die Erosion dieser Dominanz ist seit Mitte der 80er Jahre zu beobachten, das politische System der Zweiten Republik geriet damals in Bewegung. Neue emanzipatorische und zugleich partizipative Organisationen erleben seither einen kontinuierlichen Aufschwung. Vor allem in jüngster Zeit, genauer seit dem Februar 2000 und der Regierungsbeteiligung der FPÖ, entstand eine Vielzahl von politischen Protestbewegungen und Initiativen.

Die Entstehung der Visionale 2001

Die erste Visionale fand am 5. September 2000 im Kabelwerk Meidling statt und war mit mehr als 70 teilnehmenden Organisationen trotz der fehlenden medialen Berichterstattung ein beachtenswerter Erfolg. Daraus entwickelte sich das Konzept der Visionale 2001 bei dem man auf den bereits gemachten Erfahrungen aufbauen konnte. Bedeutende Veränderungen waren unter anderem die Verlängerung um einen zweiten Tag dessen Programm im öffentliche Raum stattfinden sollte, die Erweiterung um ein gastronomisches und kulturelles Angebot sowie ein zunehmende Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit. Das Organisationsteam bestand dieses Jahr aus der Humanistischen Plattform, SOS Mitmensch, theater.wozek, World of NGOs und der Gesellschaft für politische Aufklärung. Entsprechend dem inkludierenden, pluralistischen Anspruch an/von der Zivilgesellschaft wurde versucht ein möglichst breites und buntes Spek-

trum von Vereinen und Initiativen anzusprechen. Als einendes Fundament, als gemeinsame Basis für ein konstruktives Miteinander im Dialog ist ihnen allen die Gemeinnützigkeit und Freiwilligkeit (Regierungsunabhängigkeit) sowie die Verpflichtung auf die Menschenrechte und Gewaltfreiheit gemein. Die Visionale steht für die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements und ermöglicht dennoch – oder gerade deswegen - allen Teilnehmern sich auf dieser Grundlage wiederzufinden und untereinander auszutauschen. Die Messe versucht als Initialzündung und Inkubator einen kreativen Prozess in Gang zu bringen im Laufe dessen neue Formen der Zusammenarbeit entstehen, Netzwerke innerhalb der Zivilgesellschaft gebildet und Reflexionsprozesse über das jeweilige eigene Profil ausgelöst werden.

In einem kommunikativen Umfeld kann es so zur freiwilligen und häufig auch spontanen Bildung von Arbeitsgemeinschaften und Kooperationen kommen, aber auch alleine das einfache Kennenlernen von bisher unbekannten Gruppen mit ähnlichen Anliegen wird durch die räumliche Konzentration auf einer Messe erst ermöglicht. Konfrontiert mit einer sukzessiven Reduktion öffentlicher finanzieller Unterstützung, in einem Bereich der ohnehin nur aufgrund von weitgehend unentgeltlichem Engagement möglich wird, ist gerade der sogenannte Dritte Sektor auf die strategisch sinnvolle Bündelung von Ressourcen angewiesen. Als Konsequenz des bereits angesprochenen Reflexionsprozesses können die Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft ein klareres Selbstverständnis entwickeln und im Wissen um geteilte Interessen selbstbewusster in der Öffentlichkeit auftreten und ihre Anliegen präsentieren.

Die Messe

Die GfpA, bereits Teilnehmer bei der Visionale 2000, entschied sich heuer trotz nur beschränkter Ressourcen als einer der fünf Veranstal-

terInnen mitzuwirken. Dies wurde vor allem durch ein großzügiges Entgegenkommen der übrigen Organisatoren möglich, die von einer diesbezüglichen finanziellen Verpflichtung der GfpA absahen.

Im Gegenzug übernahm sie insbesondere die Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie die Akquirierung von Organisationen und Initiativen. Hierbei zeigte sich für die GfpA, dass Praktikanten einen wertvollen Beitrag leisten können. Ferner bewies sich erneut, dass die Organisation einer derartigen Veranstaltung ohne die Nutzung der neuen elektronischen Medien kaum noch durchführbar wäre. Bereits im Vorfeld wurde versucht via Email-Newsletter, Homepage (www.visionale.net) und Mailing-Lists eine möglichst große Anzahl von Organisationen anzusprechen und zur Teilnahme zu bewegen. Wie im vergangenen Jahr ermöglichte auch heuer der Messeguide einen informativen Überblick über die rund 100 angemeldeten Organisationen. Mit dem Sponsoring durch Infoscreen gelang es sogar auf den erst seit kurzem in Betrieb befindlichen Werbeschildern im Wiener U-Bahnnetz präsent zu sein. Die Vorstellung der Messe im Ö1-Programm „Von zu Tag zu Tag“ am 6. September war besonders erfreulich. Die Pressekonferenz in der Wiener Concordia sowie ein intensives Internetmarketing rundeten die Vorbereitungsarbeiten im Mediensektor ab.

Der erste Tag der diesjährigen Visionale fand in den Räumlichkeiten der Volkshochschule Meidling statt, das Programm stand ganz im Zeichen des „internen“ Gedankenaustausches sowie der Vernetzung unter den Teilnehmern. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch einen dramaturgischen Beitrag der Theatergruppe Wozek. Anschließend folgten Vorträge und drei Workshops. Peter Weish (Mitinitiator des Gentechnikvolksbegehren) referierte im Plenum zum Thema „Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeit“, Thomas Seltsmann (Humanwirtschaftspartei Deutschland) und

Christiana Weidel (World of NGOs) gestalteten die Workshops zu den Schwerpunkten „Reformprogramm für eine menschlichere Marktwirtschaft“ und „Aspekte der Freiwilligkeit“. Am Nachmittag standen die Themen „Freie Kooperationen“ gestaltet von Christoph Spehr, „Vereinsmanagement“ mit Ronny Wytek und „Der Nutzen der elektronischen Kommunikation für Vereine“ mit Christian Schwarz auf dem Programm. Neben organisatorisch-praktischen Fragen des Dritten Sektors bildeten die Ökologiebewegung und soziale Konsequenzen der globalisierten Wirtschaft einen ersten Schwerpunkt der Visionale 2001. Die zahlreich und oft kontroversiell geführten Diskussionen unterstrichen die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Weiterentwicklung der Demokratie und die Aktualität des Politischen abseits des Parteipolitischen. Im Open Space zeigte sich die gesamte Bandbreite.

Um ein deutliches Lebenszeichen der Zivilgesellschaft auch nach Außen zu setzen, entschloss man sich, den zweiten Tag der Visionale im öffentlichen Raum, der Meidlinger Hauptstrasse, zu gestalten. Die täglich von bis zu 20 000 PassantInnen frequentierte Fußgängerzone in Meidling bietet dafür eine hervorragende Möglichkeit; das gesamte Konzept angereichert durch ein kulturelles und gastronomisches Rahmenprogramm nähert sich zunehmend dem einer klassischen Messe. Der Dritte Sektor lebt von, in und mit der Öffentlichkeit, in gewisser Weise war es daher nur konsequent diesen Schritt auch zu wagen. Den einzelnen Initiativen kann somit die Möglichkeit geboten werden, ihre Anliegen nach Außen hin zu artikulieren, im Gespräch mit Interessierten sollte zu einer Sensibilisierung hinsichtlich der verschiedenen Themen beigetragen werden. Die BesucherInnen der Messe bekamen ein Bild von zivilgesellschaftlichem Engagement, das sich klar von jenen aus Seattle und Genua unterschieden hat.

Soweit das Konzept und die Pla-

nung. Doch wie sooft bei Veranstaltungen unter freiem Himmel sollte das Wetter sämtliche Vorbereitungen und Arbeiten durcheinanderwirbeln.

Samstag, 8:00 Uhr. Die Veranstaltungskooperative trifft sich bei strömendem Regen und sturmartigen Windböen. In einer eilig einberufenen Sitzung werden Gastronomiebetrieb und Bühnenaufbau für unmöglich befunden, ein eingeschränktes Programm soll jedoch allen Witterungsbedingungen zum Trotz verwirklicht werden. Die verringerte, für die Wetterverhältnisse jedoch durchaus beachtliche Teilnehmerzahl zeichnet sich von da an durch hohes Improvisationstalent und kollegiale Zusammenarbeit aus. In einer an Zeltlager erinnernden Atmosphäre werden Unterstände geteilt, Informationsbroschüren gemeinsam vor dem Regen geschützt und kreative Möglichkeiten zur Befestigung von Zelstangen an Getränkeboxen erprobt (an dieser Stelle ein herzliches Danke an die Fa. Vöslauer, die uns mit ihrer Sachspende unterstützte). Gemeinsam mit anderen Organisationen unter dem gleichen Zeltdach Schutz suchend, wird aus der Not eine Tugend gemacht – für eine interne Vernetzung gibt es wohl keine bessere Möglichkeit. Einige unerschrockene VisionärInnen lassen es sich nicht nehmen trotz orkanartiger Sturmböen vom Informationsangebot Gebrauch zu machen, sodass zumindest ein bescheidener Öffentlichkeitseffekt erzielt wurde.

Als gegen 14:00 Uhr die ersten Zelte nicht mehr stand halten, sehen sich die VeranstalterInnen dennoch gezwungen abzubrechen.

Resümee & Ausblick

Jetzt, weniger als 48 Stunden später, kehrt die sprichwörtliche Ruhe nach dem Sturm ein – und trotz allem sieht man die ersten Pflanzen wachsen. Viele der teilnehmenden Organisationen vereinbarten bereits Folgetreffen, in denen konkrete Projekte gemeinsam verfolgt werden sollen. Und es wäre nicht die Visiona-

le, wenn es nicht bereits Ideen und Visionen für die Zukunft der Messe der Zivilgesellschaft gäbe. Kooperationen mit Freien Radios (in vielerlei Hinsicht die Medien des Dritten Sektors), eine Zusammenarbeit mit ähnlichen Veranstaltungen in Nachbarstaaten, die Einrichtung eines virtuellen Informationsportals auf der Homepage der Visionale... an Ideen mangelt es nicht. Konkretes wird sich erst zeigen müssen, man darf jedoch schon auf nächstes Jahr gespannt sein. Zivilgesellschaft sowie die Visionale: ein work in progress – to be continued...

Die Visionale 2001 im Netz:
www.visionale.net

Literaturliste Antisemitismus (1999-2001)

Altermatt, Urs (1999): Katholizismus und Antisemitismus. Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918-1945, Huber, ISBN 3-7193-1160-0, 416 Seiten, ATS 467,00 • 33,94

Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Hg. Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (2001), ca-ira, ISBN 3-924627-69-X, 290 Seiten, DM 35,00 • 17,90

Benz, Wolfgang (2001): Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, Beck, ISBN 3-406-47575-2, 160 Seiten, DM 19,90 • 10,17

Blaschke, Olaf/Aram Mattioli (2000): Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Tradition im internationalen Vergleich, Orell Füssli, ISBN 3-280-02806-X, ATS 504,00 • 36,63

Bronner, Stephen E. (1999): Ein Gerücht über Juden. Die „Protokolle der Weisen von Zion“ und der alltägliche Antisemitismus, Propyläen, ISBN 3-549-05780-6, 300 Seiten, ATS 291,00 • 21,15

Crossan John D. (1999): Wer tötete Jesus? Die Ursprünge des christlichen Antisemitismus in den Evangelien, Beck, ISBN 3-406-44553-5, 281 Seiten, ATS 350,00 • 25,44

- Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von Morgen. Dokumentation zum Kongress gegen Irrationalismus, Esoterik und Antisemitismus (2001), Alibri, ISBN 3-932710-33-9, 170 Seiten, ATS 110,00 • 7,99
- Gerlach, Wolfgang/Christina von Braun/Heidi Ludger (Hg) (1999): Der ewige Judenhas. Christlicher Antijudaismus – Deutschnationale Judenfeindlichkeit – Rassistischer Antisemitismus, Philo, ISBN 3-8257-0149-2, 251 Seiten, ATS 277,00 • 20,13
- Grunberg, Bela/Pierre Dessuant (2000): Narzissmus, Christentum, Antisemitismus. Eine psychoanalytische Untersuchung, Klett-Cotta, ISBN 3-608-91832-9, 513 Seiten, ATS 642,00 • 46,66
- Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus, Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Verlag Hamburger Ed., ISBN 3-930908-67-0, 615 Seiten, ATS 496,00 • 36,05
- Hönsch, Jörg/Stanslav Biman/Lubomir Liptak (Hg) (1999): Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und der Slowakei, Klartext, ISBN 3-88474-732-0, 263 Seiten, ATS 281,00 • 20,42
- Hügel, Ika (Hg) (1999): Entfernte Verbindungen. Rassismus-Antisemitismus-Klassenunterdrückung, Orlanda Frauenverlag, ISBN 3-922166-91-1, 280 Seiten, DM 29,80 • 15,24
- Jahrbücher für Antisemitismusforschung, Campus, á ATS 284,00 • 20,64
- Katz, Steven Th. (2001): Kontinuität und Diskontinuität zwischen christlichem und nationalsozialistischem Antisemitismus, Mohr Siebeck, ISBN 3-16-147544-5, 117 Seiten, ATS 277,00 • 20,13
- Kreis, Rudolf (1999): Antisemitismus und Kirche. In den Gedächtnislücken deutscher Geschichte mit Heine, Freud, Kafka und Goldhagen, Rowohlt, ISBN 3-449-55633-2, ATS 167,00 • 12,14
- Kriminalprävention Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hg. Bundeskriminalamt (2000), Luchterhand, ISBN 3-472-04551-5, 114 Seiten, ATS 80,00 • 5,81
- Kuchenberger, Antje/Bedrich Lowenstein/Juliane Wetzel (2000): Antisemitismus und politisches Kalkül, Metropol, ISBN 3-932482-26-3, 220 Seiten, ATS 264,00 • 19,19
- Ley, Michael (2000): Abschied von Kakanien. Antisemitismus und Nationalismus im Wiener Fin de siècle, Sonderzahl, ISBN 3-85449-178-6, 328 Seiten, ATS 298,00 • 21,66
- Mannes, Stefan (1999): Antisemitismus im nationalsozialistischen Propagandafilm. Jud Süß und Der ewige Jude, Teiresias, ISBN 3-9805860-3-0, 160 Seiten, DM 43,80 • 22,39
- Marin, Bernd (2000): Antisemitismus ohne Antisemiten. Studien zur Vorurteilsdynamik, Campus, ISBN 3-593-36612-6, 880 Seiten, ATS 715,00 • 51,96
- Messadié, Gerald (2001): Verfolgt und auserwählt. Die lange Geschichte des Antisemitismus, Piper, ISBN 3-492-04253-8, 440 Seiten, ATS 350,00 • 25,44
- Nein zur Gewalt. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Wochenschau Verlag 2001, ISBN 3-87920-300-8, 290 Seiten, ATS 715,00 • 51,96
- Paul, Jobst (1999): Erinnerung als Kompetenz. Zum didaktischen Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung, DISS, ISBN 3-927388-70-X, 110 Seiten, DM 19,00 • 9,71
- Pfleger, Siegfried (2001): Ist Antisemitismus heilbar?, Lang, ISBN 3-631-37202-7, 250 Seiten, DM 79,00 • 40,39
- Pülz, Klaus (2000): Antisemitismus – gestern und heute, Hänssler-Verlag, ISBN 3-7751-3458-1, 208 Seiten, ATS 124,00 • 9,01
- Rassismus – Antisemitismus, Wochenschau Verlag 2001, ISBN 3-87920-895-6, 48 Seiten, ATS 102,00 • 7,41
- Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Herbsttagung 2000, Luchterhand, ISBN 3-472-04797-6, 208 Seiten, ATS 175,00 • 12,72
- Reiter, Margit (2000): Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah, StudienVerlag, ISBN 3-7065-1445-1, 516 Seiten, ATS 598,00 • 43,46
- Sammons, Jeffrey (Hg) (2001): Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus - einer Fälschung. Text und Kommentar, Wallstein, ISBN 3-89244-191-X, 128 Seiten, ATS 212,00 • 15,41
- Sliwka, Anne (2001): Demokratie lernen und leben. Eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band II: Das anglo-amerikanische Beispiel Civic-Education: Bildung für die Zivilgesellschaft, Ansätze und Methoden aus dem anglo-amerikanischen Raum, Freudenberg Stiftung, ISBN 3-935696-02-7, 85 Seiten, Preis auf Anfrage
- Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft; Band 3: Regionalstudien Dänemark, Niederlande, Portugal, Ungarn, Albanien, Weissrussland, Metropol, ISBN 3-932482-18-2, 300 Seiten, ATS 218,00 • 15,84
- Sturzbecher, Dietmar/Ronald Freytag (2000): Antisemitismus unter Jugendlichen. Fakten, Erklärungen, Unterrichtsbausteine, Hogrefe, ISBN 3-8017-1169-2, 280 Seiten, ATS 431,00 • 31,32
- Tuor-Kurth, Christina (Hg) (2001): Neuer Antisemitismus – alte Vorurteile?, Kohlhammer, ISBN 3-17-016817-7, 232 Seiten, ATS 291,00 • 21,15
- Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, Beck, ISBN 3-406-42149-0, 238 Seiten, ATS 175,00 • 12,72
- Vorurteil und Rassenhass. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas, Metropol 2001, ISBN 3-932482-52-2, 360 Seiten, ATS 180,00 • 13,08
- Waigand, Beate (2001): Antisemitismus auf Abruf, Lang, ISBN 3-631-37961-7, 344 Seiten, DM 98,00 • 50,11

Rezension

Volf, Patrik/Rainer Bauböck (2001): *Wege zur Integration*. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Drava Verlag, Klagenfurt-Celovec, ISBN3-85435-363-4, 280 Seiten, ATS 283,00 • 20,57

Reinhold Gärtner



Die vorliegende Publikation von Volf/Bauböck ist als Band 4 der Publikationsreihe des bm:bwk „Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit“ erschienen. Waren die ersten Bände (*Racism at the Top*, *abgrenzen-ausgrenzen-aufnehmen* und *Trennlinien*) stärker theorieorientiert, so ist *Wege zur Integration* in erster Linie praxis- und anwendungsorientiert; es ging darum „handlungsrelevante Gegenstrategien zu entwickeln und zu formulieren“ (7). Dem entsprechend richtet sich das Buch nicht primär an ein „wissenschaftlich orientiertes Fachpublikum, sondern vor allem an Personen, die sich beruflich oder privat mit Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten beschäftigen und an einer Verbesserung der bestehenden Situation interessiert sind.“ (8)

Um es vorweg zu nehmen: Diese Vorhaben ist beispielhaft gelungen! Im ersten Teil geht Bauböck auf grundlegende Fragen und Termini ein (Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern; 9-41); in einer klaren und überzeugenden Argumentation bringt er ein Plädoyer für konstruktive Integration.

Die restlichen, von Volf präsentierten Kapitel behandeln Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft, vom Arbeitsmarkt über Ethnic Business, Flucht und Asyl, Medien, Öffentlicher Dienst, Schule bis zu Soziale Sicherung und Wohnen.

Es werden jeweils aktuelle Fakten zu den Teilbereichen gebracht, aufbauend auf dieser Darstellung der Entwicklung bis zum heutigen status quo werden für jedes Kapitel Positivbeispiele - good practices – und eine umfangreiche Liste von Empfehlungen gegeben, die nicht nur eine praktikable Umsetzung anregen, sondern auch zu weiterer Diskussion Anlass geben.

Am Beispiel Schule (175-204): Zunächst bringt Volf einen kurzen chronologischen Rückblick, angefangen mit den ersten Versuchen eines muttersprachlichen Zusatzunterrichts in den frühen 70er Jahren bis zu aktuellen Daten zur Schulsituation in den letzten Jahren und geht dann auf grundlegende Integrationsziele in der Schule ein. Wesentlich scheint ihm die Frage nach der gegebenen oder verhinderten sozialen Mobilität (183f), um die immer wieder strapazierte Frage nach der Anzahl von Kindern nicht deutscher Muttersprache in einzelnen Schulklassen (185f) und um Spracherwerb und muttersprachlichen Unterricht (187f).

Schule integrativ hat für Volf vor allem drei Funktionen zu erfüllen:

- * Gleiche Chancen für Kinder und Jugendliche aus ethnischen Minderheiten im Zugang zu allen Ebenen des Schul- und

Bildungssystems und den Möglichkeiten der Ausbildung

- * Stützung der Bikulturalität und Verhinderung von Ausschließungstendenzen aufgrund ethnischer und sprachlicher Kriterien im Schulalltag im Sinne eines integrativen Grundansatzes im Klassenverband und
- * Erziehung zum interkulturellen Zusammenleben und Vermittlung von kultureller Vielfalt und gemeinsamer Identität.

„Integration“, so Bauböck in der Einleitung, „ist also ein Prozess der wechselseitigen Anpassung und Veränderung zwischen einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe“ (14) und liefert damit als Zusammenhalt „den Schlüssel für ein adäquates Verständnis. In jeder demokratisch verfassten Gesellschaft stellt sich die Frage, wie die tiefen Gegensätze der materiellen Interessen, der Lebensweise, der ideologischen und religiösen Überzeugungen miteinander soweit versöhnt werden können, dass alle Bewohner eines Landes einander als gleiche Bürger respektieren“ (15).

Volf und Bauböck haben mit *Wege zur Integration* nicht nur den status quo umfassend dargestellt, sondern damit auch einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verstehen des Anderen geleistet.

Beiträge von:

Univ.DoZ.Dr. John Bunzl, Politologe, ÖIIP Wien

Univ.DoZ.Mag.Dr. Reinhold Gärtner, Politologe, Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck

Michael Genner, Geschäftsführer von Asyl in Not; Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch und Asylkoordination Österreich

Norbert Koppensteiner, Urban Regensburger, Roman Schmidt, Studenten an der Universität Innsbruck, Praktikanten bei der Gesellschaft für politisch Aufklärung

em. Univ.Prof.Dr. Erika Weinzierl, Historikerin, Universität Wien, stv. Vorsitzende der Gesellschaft für politische Aufklärung

HINWEISE

ÖsterREICH - für alle GLEICH !

Für eine Änderung des Artikels 7 der Bundesverfassung

Michael Genner

Österreich ist eine Demokratie. Die Menschenrechte sind in der Verfassung verankert. Die Gesetze werden demokratisch beschlossen und gelten für alle. Oder wie ?

Österreich ist eine Demokratie mit großen Mängeln: Die Menschenrechte werden täglich gebrochen. Flüchtlinge verschwinden in der Schubhaft. Menschen werden verhöhnt, geschlagen, eingekerkert, weil sie eine andere Hautfarbe haben. Über fleißige, tüchtige Menschen, die nichts anderes wollen als durch redliche Arbeit ihr Brot verdienen, verhängt die Fremdenpolizei das Aufenthaltsverbot.

Österreich ist ein Land, in dem die demokratischen Grundrechte nur für einen Teil der Bevölkerung gelten. Für diejenigen, die man „Staatsbürger“ nennt.

In der Schule lernten wir von der griechischen Demokratie, der Wiege der europäischen Zivilisation. Auch damals galten die demokratischen Rechte nur für einen Teil der Bevölkerung. Es war eine Demokratie für die griechischen Bürger. Für die Sklavenhalter und die Nutznießer der Sklaverei.

Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung lautet:

*„Alle **Staatsbürger** sind vor dem Gesetz gleich.“*

Alle Staatsbürger. 1999 zählte die „ausländische Wohnbevölkerung“ 756.500 Menschen. Das sind 9,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, die weniger gleich als die anderen sind.

Ziehen wir die rund 100.000 (bessergestellten) EU-Bürger ab, dann bleiben noch immer mehr als sechshundertfünfzigtausend Menschen, denen wichtige Rechte vorenthalten bleiben. Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei, aus anderen Ländern Osteuropas und aus der Dritten Welt. Menschen zweiter Klasse. Oder – „Rasse“?

Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung steht damit im Widerspruch zum Artikel 7 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der unmissverständlich sagt:

*„Alle **Menschen** sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede unterschiedliche Behandlung, welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufreizung zu einer derartigen unterschiedlichen Behandlung.“*

Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung verstößt auch gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dessen Artikel 26 lautet:

*„Alle **Menschen** sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz.“*

In Widerspruch zu den Menschenrechten steht auch das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das die arbeitenden Menschen in zwei Klassen, In- und Ausländer, teilt.

Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet:

*„Jeder Mensch hat das **Recht auf Arbeit**, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“*

Österreich setzte sich durch die Beibehaltung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinweg und hält an einem Zustand der Rechtsunsicherheit fest, der schwerwiegende Folgen für hunderttausende Menschen nach sich zieht.

Zahllose Menschen wurden durch dieses Gesetz, das ihnen legale Arbeitsmöglichkeiten verwehrt, gezwungen, schwarz zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu verdienen. Es entstand eine staatliche erzeugte und gewollte Illegalität.

Artikel 7 der österreichischen Verfassung beruht auf einer seltsamen Fiktion: Es gäbe ein „Staatsvolk“, das sich von anderen Menschen in diesem Land durch besondere Merkmale, besondere Vorzüge unterscheidet. Vor allem durch einen Vorzug: den österreichischen Reisepass. Den Pass, der – das wusste schon Bert Brecht – der edelste Teil eines Menschen ist.

Ja, und was denn eigentlich noch? Was für andere Merkmale zeichnen den „echten Österreicher“ aus? Vielleicht seine „Leitkultur“?

Die Fiktion eines „Staatsvolkes“, das nur die „richtigen“ Staatsbürger inkludiert, ist längst überholt. Die Fortschritte der Mobilität, der modernen Kommunikation sind im Begriff, eine neue Wirklichkeit zu schaffen. Das alte Verfassungskorsett wird für die Entwicklung der Produktivkräfte zum Hindernis. Die tragikomische Debatte um den Zuzug von Computerspezialisten ist nur ein Symptom für die Selbstbehinderung des Systems.

Kein Experte, der auf sich hält, wird bereit sein, in ein Land zu gehen, wo er nicht willkommen ist, wohin er seine Familie nicht mitnehmen, geschweige denn am politischen Leben teilnehmen darf. Selbst nach immanent-kapitalistischen Kriterien sind die geltenden Gesetze störend und widersinnig geworden.

An den Rändern der Gesellschaft bilden sich zwei Pole: Hier die Daheimgebliebenen, Zurück-Geblichenen, Zukurzgekommenen, „bleib-im-Land-und-nähr-dich-redlich“ - nur ja keine Abenteuer, mei' Ruah will i haben! Meine Stelze und mein Krügel Bier.

Dort die Flexiblen, Mobilen, die neue Ideen und Kenntnisse bringen; Menschen, die gelernt haben, Hindernisse zu überwinden, sich durchzuschlagen von einem Kontinent zum anderen, auch illegal zu überleben. Sind sie nicht die Tüchtigeren, nach den eigenen Kriterien des Systems? Wird ihnen nicht die Zukunft gehören?

Sechshundertfünfzigtausend Menschen in diesem Land, dessen Reichtum sie mitgeschaffen haben, sind nahezu aller politischen und sozialen Rechte beraubt. Vor allem fehlt ihnen das zentrale Grundrecht, ohne das keine Demokratie denkbar ist: das Wahlrecht.

Sie sind Gesetzen unterworfen, die ein Parlament beschließt, das sie nicht wählen dürfen, dessen Abgeordnete auf ihre Stimmen nicht angewiesen sind; für sie gelten Gesetze, die sie unmittelbar betreffen, die massiv eingreifen in ihr persönliches Leben: Asylgesetz, Fremdengesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz.

Gesetze, die beschlossen wurden, ohne sie zu fragen, über ihre Köpfe hinweg. Gesetze, unter denen sie leiden – Gesetze, die in den vergangenen Jahren die Existenz zehntausender Menschen zerstörten: Menschen verloren ihr Aufenthaltsrecht, weil sie Fristen versäumten, oder weil ihre Wohnung zu wenige Quadratmeter hatte, oder weil sie arbeitslos und mittellos waren...

„Österreich – für alle gleich !“

Das ist das Motto der Kampagne, die in diesem Frühjahr 2001 begonnen hat. Asyl in Not, SOS-Mitmensch, Die Bunten, ANAR-Wien, das Migrantenforum, die Botschaft der besorgten Bürger, die Gewerkschaftsfractionen AUGÉ und BDFA, aber auch soziale Netzwerke und Arbeitsloseninitiativen verbünden sich zur gemeinsamen Aktion.

Wir fordern eine Verfassungsreform. Artikel 7 der Bundesverfassung soll lauten:

„Alle Menschen, die in Österreich leben, sind vor dem Gesetz gleich.“

Wir fordern daher das **allgemeine freie und gleiche Wahlrecht** für alle Menschen in diesem Lande. Allgemein, das heißt: aktiv und passiv, von Bezirken und Gemeinden über Kammern und Betriebe bis zum Bundespräsidenten und zum Parlament.

Natürlich bedeutet Gleichheit auch, daß die Menschen, die in Österreich leben, auch hier arbeiten dürfen. Also: **Abschaffung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes.**

Gleichheit bedeutet auch **gleichen Zugang zu den Sozialleistungen.** Und natürlich auch **gleichen Zugang zu Gemeindewohnungen.**

Um die Gleichheit zu verteidigen, brauchen wir auch ein **Antidiskriminierungsgesetz**, das diesen Namen verdient, verbunden mit einem Paket begleitender Maßnahmen. Das heißt insbesondere: mit politischen und strafrechtlichen Konsequenzen.

Andere Zugänge, ebenfalls von Ungleichheit betroffen, schließen sich der Bewegung an: Frauengruppen, Sozialinitiativen, die Steuerinitiative im ÖGB... Sie bringen ihre Forderungen ein: **Frauenrechte, soziale Grundsicherung, Steuergerechtigkeit.**

Wir legen uns die Latte hoch: Wir wollen eine Reform der Verfassung, einen grundlegenden Neubeginn. Es muss anders werden in diesem Land.

Michael Genner ist Geschäftsführer von Asyl in Not,
Vorstandsmitglied von SOS-Mitmensch
und der Asylkoordination Österreich



Schafft Raum für demokratische Initiativen

In Sorge um die demokratischen Verhältnisse haben sich eine Vielzahl von Initiativen und Vereine gebildet, die im Rahmen der Zivilgesellschaft theoretische wie praktische Alternativen entwickeln. Sie sind jedoch in ihrer Effektivität, vor allem durch die Knappheit ihrer Mittel in einem hohen Maß beeinträchtigt. Dadurch leidet vor allem die notwendige Infrastruktur. Ohne diese ist aber eine funktionierende Kommunikation nicht möglich.

Dieses unschätzbare gesellschaftliche „Humane Kapital“ mit all seinen großartigen Initiativen und Ideen wird gegenwärtig also nur zu einem Bruchteil genützt. Es fehlt ein gemeinsamer Ort, der genügend Platz bietet sich permanent auszutauschen. Ein Ort, der die Möglichkeit schafft, sich über Werte und politische Ziele in der Öffentlichkeit kontinuierlich zu verständigen. Ein Ort, der dieser alternativen Zivilgesellschaft für die unterschiedlichsten Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Der Aufwand an Gesprächen, um nur einigermaßen zu einer Verständigung über gemeinsame Begriffe, Zielsetzungen und Strategien zu kommen, ist groß. Es braucht einen permanenten offenen, Gesellschaftsbereiche übergreifenden Dialog, damit sich demokratisches Bewusstsein bilden kann. Die Menschen unterschiedlicher Erfahrung, Generation, Gesellschaftsgruppe und politischer Zielsetzung brauchen Räume und Modelle des Miteinanderumgehens, die ihnen offen stehen. Und sie brauchen den Austausch mit Experten und Entscheidungsträgern auf der gleichen Ebene, um sich politisch zu emanzipieren und ihre Kompetenzen zur Geltung zu bringen. Dadurch kann die vielgeforderte Zivilcourage entstehen. Aber auch die Entscheidungsträger brauchen dringend diese Begegnungsmöglichkeit.

DEMOKRATIE ZÄHLT

Deshalb arbeiten wir für die Errichtung eines MOBILEN und TRANSPARENTEN DEMOKRATIEZELTES

Ein Forum nach den Plänen des von Architekt Norbert Tischler projektierten Demokratiezelts (Copyright by N. Tischler), das die Formulierung, Durcharbeitung und Präsentation von Anliegen der Zivilgesellschaft ermöglichen soll, sowie die Begegnung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern mit Menschen aus Kunst und Wissenschaft und politischen wie wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Thematische Schwerpunkte werden Demokratieverständnis, Rechtsstaat, Medien, Frauen, struktureller Rassismus, alternative Lebensweisen und Neoliberalismus sein.

Dieses Zelt soll schon von seiner Erscheinung her ein Signal sein für einen anderen, nämlich transparenten, offenen, respektvollen und für alle gleichen Zugang zum Thema Demokratie. Es ist in mobiler Bauweise mit Licht-/Tonanlage geplant und soll das Parlament der Zivilgesellschaft werden. Es bietet abgesehen davon Platz für Veranstaltungen, Ausstellungen, Konzerte, für ca. 300 Personen aber auch eine Ausstattung mit bestimmten Servicefunktionen wie Gratisnetzzugang, Kopierer/Drucker, Informationspool, Kontaktadressen, Café, Ausstellungsmöglichkeit etc. Diese freie Infrastruktur soll Initiativen darin unterstützen, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das Demokratiezelt besteht aus vier bis fünf einbruchssicheren Containern für Eingang, Café, Shop und einen kleinen Backstage – Bereich, einem außenliegenden Traggerüst aus Masten oder Kranarmen und einer transparenten Zeltplane, die mit Stahlseilen verstärkt ist. Der Grundriss besteht aus zwei leicht gegeneinander verschobenen Halbkreis – Segmenten, dazwischen strömt frische Luft ein bzw. verbrauchte Luft aus. Das Gerüst steht von selbst und braucht keine zusätzlichen Fundamente, weil die Container mit dem Zeltboden verbunden sind und durch ihr Gewicht die Konstruktion verankern. Auf diese Weise entsteht ein stützenfreier Innenraum mit ca. 16 m Höhe und an der Basis 18 bis 20m Durchmesser – ein Raum, der sehr flexibel allen Anforderungen von Versammlungen über Konzerte und Lesungen, Feste, Filmvorführungen und Theatervorstellungen mit einfachen Bühnenaufbauten bis hin zu detaillierten Wanderausstellungen Platz bieten kann.

Das Demokratiezelt bietet ca. 300 Personen Platz, wobei diese Zahl mit geringen Umplanungen noch um ca. 20 – 25 % erhöht werden könnte. Die Fixkosten belaufen sich für die Zeltkonstruktion selbst auf ca. 2,9 Mio. Schilling, für eine „Grundausrüstung“ aus Einrichtung, Technik (Licht, Ton, Computer, Internet, Fax, Kopierer etc.), Café, Möblierung und einer einfachen Bühne auf ca. 2 Millionen und Planungskosten für Fachleute (Statik, Heizung/Lüftung) auf ca. 150.000.- Schilling. Die laufenden Kosten werden auf jährlich ca. 8 Millionen Schilling geschätzt, das liegt weit unter den Budgets vergleichbarer Einrichtungen und inkludiert Personal-, Platzmiete- und Bühnenlichtkosten.

Es soll zunächst in Wien an einem zentralen Ort aufgestellt werden, am Heldenplatz, Museumsplatz, Rooseveltplatz oder ähnlichem. Nach einer Phase der Erprobung ist gedacht, es an anderen Orten Österreichs zum Einsatz zu bringen. Wir planen jedoch auch, dieses Demokratiezelt als europäisches Modell mit Vorbildwirkung zur Wiederbelebung des demokratischen Bewusstseins in unseren internationalen Kontakten zu publizieren.

Das zivilgesellschaftliche Team, das die Idee des Demokratiezelts entwickelt hat, die sogenannten Heringe, treibt die Realisierung in einem fortlaufenden Diskussions- und Organisationsprozess voran und wird nach seiner Errichtung die Koordination zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen, dem ProponentInnenkomitee sowie professionellen Betreuern des Betriebs im Zelt leisten.

Wir laden Sie ein, eine demokratische Tat zu setzen und sich an der Realisierung zu beteiligen. Was können Sie tun?

Treten Sie dem ProponentInnenkomitee bei, das sich die finanzielle Realisierung des Demokratiezelts zum Ziel gesetzt hat. Kontaktieren Sie uns über <mitmachen@demokratiezelt.at>

Informieren Sie sich auf unserer Homepage www.demokratiezelt.at über das Projekt, unser Team, die Pläne zur Finanzierung sowie Präsentationstermine und posten Sie Ihre Meinung!

VOLKSBEGEHREN FÜR DEN SOZIALSTAAT

Unter dem Vorwand wirtschaftlicher Zwänge läuft in Europa seit Jahren eine Offensive zur Schwächung des Sozialstaats. Politik kürzt Leistungen, schwächt Institutionen und untergräbt den Grundsatz der Solidarität.

Propagiert wird die Eigenvorsorge im Fall von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Alter. Verbesserungen im Bildungswesen, in der Jugendwohlfahrt, bei der Kinderbetreuung und bei sozialen Diensten für Pflegebedürftige werden zugunsten privater Marktlösungen vernachlässigt. Armutsbekämpfung bleibt Lippenbekenntnis.

Neue Probleme wie die soziale Absicherung atypisch Beschäftigter, die Integration von Zuwander/ern/Innen oder eine Grundsicherung im Notfall werden nicht als Herausforderungen an einen modernen Sozialstaat begriffen.

In Österreich wird zur Zeit diese Politik gegen den Sozialstaat systematisch verschärft: sie schwächt gezielt seine vier Hauptsäulen, die Kranken- und Unfallversicherung, die Altersvorsorge, die Arbeitslosenversicherung und das öffentliche Bildungswesen. Gleichzeitig verstärkt sie ihren Einfluss auf die Sozialversicherung und schaltet die Selbstverwaltung weitgehend aus. Unter der Devise „Sozialstaat schlank“ wird die Spaltung der Gesellschaft vertieft, Ausgrenzung und Verarmung werden gefördert.

Diese unsoziale Politik richtet sich gegen die Mehrheit der BürgerInnen und begünstigt zugleich die Vermögenden. Denn mit den Sozialkürzungen erspart der Staat den besser Verdienenden einen höheren Beitrag, durch Selbstbehalte in der Krankenversicherung und Senkung von Pensionsansprüchen werden die Sozialbeiträge der Unternehmer vermindert.

Dies gilt in noch höherem Maß für die "Superreichen": sie haben ihre Vermögen in Privatstiftungen untergebracht und leisten deshalb keine nennenswerten Beiträge für das Gemeinwesen.

Diese Entwicklungen unterminieren den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn individuelle Freiheit und Demokratie bedürfen der materiellen Absicherung durch den Sozialstaat.

Der Sozialstaat trägt zu besseren sozialen Chancen der in Österreich lebenden Menschen bei. Er stellt ein dynamisches Element angesichts der großen sozialen Herausforderungen im 21. Jahrhundert – wie Alterung der Bevölkerung, Wandel der Erwerbsarbeit, Migration, Gleichstellung der Geschlechter – und auch einen produktiven Faktor für die Wirtschaft dar. Der Sozialstaat ist Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität. Sozialstaatliche Politik ist für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Dies gilt es in der Verfassung abzuschern. Deshalb initiieren wir eine Kampagne zur Verteidigung und Erneuerung des Sozialstaats. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zur Unterstützung eines Volksbegehrens mobilisiert werden, mit dem das Prinzip der Sozialstaatlichkeit in der österreichischen Bundesverfassung verankert wird.

Die InitiatorInnen:

Univ. Prof. Dr. med. Ernst Berger
Johanna Dohnal
Christine Gubitzer
Mag. Gertraud Knoll
Dr. Alfred Noll

Univ. Prof. Sieglinde Rosenberger
Mag. Renata Schmidtkunz
Dr. Stephan Schulmeister
Univ. Prof. Emmerich Tálos
Dr. Werner Vogt

Zeitplan und Termine:

29. September:

gesamtoösterreichisches Organisations-treffen im MAK (Vortragssaal) ab 14.00 Uhr

3. Oktober:

Auftakt-Pressekonferenz des Volksbegehrens, Presseclub Concordia, 11.00 Uhr, offizieller Start der Kampagne

Ab 3. Oktober bis Mitte Dezember:

Sammlung der Unterstützungserklärungen zur Einleitung des Volksbegehrens und anschließende Einreichung im Innenministerium.

Der Text des Volksbegehrens:

Die Unterzeichner begehren folgende Ergänzung der österreichischen Bundesverfassung:

Dem Art 1 („Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“) wird ein Absatz 2 angefügt. Dieser lautet:

„Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele. Vor Beschluss eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung). Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche soziale Sicherungssysteme. Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich am Grundsatz, dass die in Österreich lebenden Menschen einen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen Beitrag leisten.“



21.09.—24.11.01
VERANSTALTUNGSREIHE
Museum Arbeitswelt Steyr & Partner

DENN KEIN MENSCH IST WICHTIGER ALS IRGEND EIN ANDERER! *Sir Karl Popper*

Steht uns nach dem angeblichen Ende der Ideologien in Zukunft der „Kampf der Kulturen“ (Samuel Huntington) ins Haus? Ist das „multikulturelle Experiment“ tatsächlich gescheitert, wie einschlägige Medien insbesondere nach dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawien behaupteten? Stellt der zur Bedrohung der europäischen Kultur hochstilisierte Islam tatsächlich eine Gefahr für Freiheit und Demokratie dar? Wie ist es um diese Demokratie, um Freiheit und Würde des Einzelnen in unserem Land bestellt? Haben sich alle Lebensbereiche ausschließlich wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen, wie dies etwa die boomende Schönheitsindustrie zu beweisen scheint, die von der Angst der Menschen vor gesellschaftlicher Ablehnung lebt? Die Vision vom in Frieden und Wohlstand geeinten Europa der Völker wird nur auf den zwei tragenden Säulen der Akzeptanz von Verschiedenheit und der Sicherung von Einheit gelebte Realität werden können. Zurückstellen von Einzelinteressen und Bereitschaft zu Kompromissen wird dabei unumgänglich sein. Die Veranstaltungsreihe BEGEGNUNGEN möchte Menschen verschiedener Herkunft, Religion und kultureller Zugehörigkeit ansprechen und einladen, zu einem gedeihlichen Miteinander beizutragen.

22.09.-12.10.	AUSSTELLUNG	Verflixte Schönheit.
05.10.-24.11.	AUSSTELLUNG	Am Anfang war der Kolaric
05.10.	EVENT	Kein.Kurz.Schluss
05.10.-02.11.	AKTION	Das eigenartige Andere
15.10.-17.10.	WORKSHOP	Fremde bei uns
18.10.	DISKUSSION	Dialog der Religionen
26.10.-24.11.	AUSSTELLUNG	Gesichter des Islam
03.11.	DISKUSSION	Erzähl mir von Dir!
05.11.-07.11	WORKSHOP	Islamische Frauen und wir

08.11.-10.11.	TAGUNG	Kultursprünge
08.11.	KONZERT	Lakis & Achwach
16.11.-17.11.	WORKSHOP	Frosch oder Prinz—
		Dorne oder Röschen
19.11.24.11.	WORKSHOP	Märchen—die Sprache
		der Gefühle
23.11.	THEATER	Märchennacht
24.11.	AKTION	Integrationstag 2001



Verein Museum Arbeitswelt * Abteilung für Vermittlung und Kommunikation * Wehrgrabengasse 7 * A-4400 Steyr * Telefon 07252.77351 * Infos DW -14, 15 * Fax DW -11 * paed@museum-steyr.at * www.museum-steyr.at

Die GFPA im Internet
<http://gfpa.uibk.ac.at/>

Medieninhaber: Gesellschaft für politische Aufklärung,
6020 Innsbruck, Universitätsstraße 15, Tel.: 0512/507-
7057. Satz: Palli & Palli OEG, 6020 Innsbruck, Druck:
Druckerei Augustin, 6020 Innsbruck

P.b.b.
Verlagspostamt 6020 Innsbruck
Zulassungsnummer 01Z020840V

Bureau de poste
A-6020 Innsbruck (Autriche)
Taxe percue
IMPRIME A TAXE REDIUTE